

Abonnementpreise

Im ganzen deutschen Reich: 18 Mark
Jährlich: . . . 18 Mark
Monatlich: 4 Mark 50 Pf.
Mindestens Nummer: 10 Pf.

Inseratenpreise:

Für den Raum einer gespaltenen Petitsalle: 20 Pf.
Unter „Eingeschloß“ die Zeile: 50 Pf.

Erscheinet:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage,
Abends für den folgenden Tag.

Amtlicher Theil.

Dresden, 20. Januar. Auf allerhöchsten Beschl. wird wegen erfolgten Ablebens Seiner Königlichen Hoheit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Hessen am Königlichen Hofe eine Trauer von zwei Wochen, vom 21. Januar bis mit 3. Februar d. J. angelegt.

Nichtamtlicher Theil.

Übersicht.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin. Wien. Prag. Budapest. Paris. Madrid. San Sebastian. London. Copenhagen. St. Petersburg.)

Der Prozeß Odenheim in Wien.

Ermittlungen, Vernehmungen u. s. im öffentl. Dienste.

Dresdner Nachrichten.

Provinzial-Nachrichten. Leipzig. Mittweida. Sebnitz. Löbau. Oppelsdorff. Schildau.)

Statistik und Volkswirtschaft.

Feuilleton. Tagesschreiber. Inserate.

Beilage.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 20. Januar.)

Börsennachrichten.

Telegraphische Witterungsberichte.

Inserate.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, Donnerstag, 21. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Das „Tel. Correspondenzbureau“ meldet aus Belgrad: Eine aus Konstantinopolis heute eingetroffene Meldung versichert, die Pforte habe in der Podgorizza-Affäre zur Nachgiebigkeit sich entschlossen und sei sofort geneigt, die Nachschläge der Großmächte anzunehmen.

Paris, Mittwoch, 20. Januar, Nachmittags, (B. L. S.) Hierzuläßt ist ein spanischer Kabinetts-courier eingetroffen, welcher sich nach Berlin begeben, um Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm einen Schreiben des Königs Alfonso zu überbringen, in welchem derselbe seine Thronbesteigung anzeigt.

Paris, Donnerstag, 21. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Aus Bayonne meldet die „Agence Havas“, daß sich daselbst ein Karlistische Offiziere für den König Alfonso erklärt haben und daß die spanischen Kriegsschiffe vor Zarautz morgen die Beschiebung dieser Stadt beginnen sollen.

Berlin, Mittwoch, 20. Januar, Abends. (B. L. S.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden die noch übrigen Artikel des Gesetzes über die Eadres des Armees durchberaten und darauf die zweite Lesung des Gesetzentwurfs beschlossen. Von einem Mitglied der Rechten wurde der Antrag eingebracht, die Discussion über die constitutionellen Gesetze am Freitag zu eröffnen. Die Nationalversammlung beschloß dagegen, dieselbe bereits auf die Tagesordnung der morgenden Sitzung zu stellen.

Brüssel, Mittwoch, 20. Januar, Abends. (Tel. d. Dresden. Journ.) Die Repräsentantenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Antrag der Deputirten Courreurs und Thionissen auf Bildung eines internationalen Schiedsgerichts angenommen. Der Deputirte Berger richtete sodann mehrere Interpellationen an den Minister des Auswärtigen.

Berger fragt an, warum die Regierung die Vertretung der Kurie aufrecht erhalten, welche Beziehungen die belgische Regierung zum König Alfonso von Spanien habe und warum die Beziehungen zu Merico nicht wieder aufgenommen worden sind?

Der Minister des Auswärtigen, Graf d'Aspremont-Lynden, erwidert bezüglich des ersten Punktes,

Feuilleton.

Redigirt von Otto Bause.

R. Posttheater. — Altstadt. — Am 20. Januar: „Rosamunde.“ Trauerspiel in fünf Aufzügen von Wilhelm v. Warteneck. (Zum ersten Male und zu erstmäßigem Preisen.)

Die Kraft ist sicherlich keine Kraft, welche dazu da ist, Sorge zu tragen, daß die Wahrheit gar nicht, oder in verumumter Gestalt zu Tage kommt. Das Gegen-thell ist ihre Aufgabe. Trotz der gewundnen Rede der Schrift ist jede schwüle Hand doch nur ein künstlicher Schirm, der zur schlichtlichen Prüfung der Weiterfahrt vom Arm der Welt hinweggeschoben wird, denn jedes Produkt findet endlich nur so viel Berechtigung, als es Macht hat. Darum steht es dem überzeugungsfreudlichen Wohlwollen in allen Dingen am besten zu Gesicht und eht den fraglichen Gegenstand und seinen Urheber am meisten, ohne sentimentale Umwege mit dem Ende anzusangen, denn man mag einen Gegenstand noch so vorbildlich auf das Wasser legen, wenn es einen Stein ist, sinkt er doch zu Grunde. Aber bei Warteneck's Trauerspiel handelt es sich um keinen Stein, das Fahrzeug wird nur aus zu schwerem Holze geknüpft, es schwimmt, jedoch mühsam und oft ein wenig unter dem Wasser. Das Resultat wird sich günstiger gestalten, sobald der Autor aus leichterem Material arbeitet. Und hier möchte ich ebenjals gleich beim Ende anfangen und das Gesamtmittel in wenigen Worten vorausdrücken: Ich sage offenherzig, daß ich von poetisch charakteristischer Dichtkraft, namentlich in Bezug auf Charaktere, Leidenschaften und Gedanken, am wenigsten in Hinsicht auf die Sprache, in

dah die Lage dieselbe geblieben und daher die Haltung der Regierung nicht modifiziert worden sei. Was die Thronbesteigung Don Alfonso's anbelangt, so sieht Belgien auf denselben Standpunkt wie die übrigen Nationen und werde wieder die erste, noch die letzte sein, dieselbe anzuerkennen. Die Beziehungen zu Merico würden aufgenommen werden, sobald die Differenzen, welche den Bruch herbeigeführt haben, beigelegt sind.

Radebeul, Donnerstag, 21. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Die spanischen Finanzcommissarien zu London und Paris sollen gelegentlich der Einlösung der fälligen anständigen Coupons reorganisiert werden. — Nachrichten aus den Nordprovinzen folge werden daselbst von den Carlisten 17-jährige Anobles ausgegeben.

Saragossa, Mittwoch, 20. Januar, Nachmittags. (Tel. d. Dresden. Journ.) König Alfonso ist hier eingetroffen und von der Bevölkerung warm empfangen worden. Der König ritt sofort nach der Kirche Notre-Dame del Pilares und nahm dann in dem Palast des Erzbischofs Wohnung, wo Abends Galavorstellung stattfindet.

Tagessgeschichte.

L. Berlin, 20. Januar. Im Reichstage gelungenen diejenigen Petitionen zur Verhandlung, welche sich mit der Errichtung, der Reform der Eisenbahnen beschäftigen. Die Commission schlug vor, die Niederschaffung einer aus Delegierten der Eisenbahnenverwaltungen, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft bestehenden Commission zur Untersuchung dieser Fragen zu beantragen, und das Haus beschloß nach längerer Diskussion in diesem Sinne, jedoch unter Weglassung jeder Angabe, aus welchen Personen die Commission zusammengebracht werden sollte. Prinzipielle Gegner jeder Tarifverhöhung ließen sich nicht vernichten. Nachdem sodann der Schulz'sche Tätersantrag ohne Diskussion in dritter Lesung die Zustimmung des Hauses gefunden hatte, begründete der polnische Abgeordnete v. Taczanowski seinen Antrag, durch welchen die preußische Regierung zur Achtung der den Bewohnern der polnischen Landesteile zukommenden Rechte bezüglich ihrer Sprache und Nationalität angehalten werden soll. Ein Antrag, über den Antrag Taczanowskis zur Tagesordnung übergegangen, fand zwar nicht die Mehrheit des Hauses; aber auch der Antrag selbst wurde abgelehnt, nachdem Abg. v. Puttkamer (Sorau) die Grundlosigkeit der vorgebrachten Klagen dargethan hatte. (Vgl. den „Tel. d. S. 21. in der Reihe 2.“) — Die heutige Dr. C. erinnerte: Die Commission für das Bankgesetz hat die zweite Lesung des Entwurfs beendigt. Bei derselben wurden einige wichtige Beschlüsse in Abweichung von den Wünschen der Regierung gefaßt, durch welche die Verbindung des Gesetzes im Augenblick erheblich erschwert erscheint. Es ist jedoch zu hoffen, daß in dem Reichstage selbst, welches vermutlich am Freitag in die Verabsiedlung des Gesetzes eintrete, eine schließlich Verständigung auch über die noch streitigen Punkte erzielt und damit das Ziel, den Bewohnern des wichtigen und seither unter allseitigen Entgegenkommen berathenen Gesetzes von Neuem geöffnet werden wird. — Der „Tel. d. R. E.“ zufolge ist der Bericht der Bankkommission noch nicht vollendet, sondern befindet sich noch im Druck, so daß er erst morgen früh unter den Mitgliedern zur Vertheilung gelangen wird. Es werde jedoch nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung noch möglich sein, mit den Berathungen des Ausschusses am Sonnabend den Anfang zu machen. Nach der „R. B. 3.“ soll erst am Montag mit der Berathung des Bankgesetzes im Reichstage begonnen werden. (D. Red.) Dem Reichstage ist gegenwärtig auch noch die neue Concordordnung für das deutsche Reich, wie sie aus den Berathungen des Bundesrates hervorgegangen ist, vorgelegt worden. Sie wird voraussichtlich schon morgen zur Vertheilung gelangen und nach den Intentionen, die bei den Reichstagsmitgliedern vor-

diesem Staate keine sicheren Documente wahrgenommen habe; aber ich erkläre eben so bestimmt, daß wir es im Autor mit einem offensakten dramatischen Talent zu thun haben, welches eine lebhafte somatische Empfindung und im südländischen Aufbau und in der Schilderung oft eine besondere Geschicklichkeit an den Tag legt. Sein Vortrag hat genügend Frische, die Bildungs-kraft des Verfassers sieht die Dinge plastiisch vor sich und arbeitet mit dem Nerv des theatralischen Pathos (nicht zu verwechseln mit Leidenschaft) freudig daran los. Das ist nicht wenig, und es bedarf nur eines uns näher liegenden Stoffs, um diese gewanderten Kräfte zur Geltung zu bringen. Damit es geschehen könne, rathe ich den andern Hörsälen nachdrücklich, die „Rosamunde“ zur Aufführung zu bringen; wenn sie so gut ausfallen und infolcire, wie es in Dresden unter der intelligenten Regie des Hrn. Marcks geschehen, so werden sie im Südländern bald schon durch die Anziehungskraft des höflichen Inhalts die Wünsche erfüllen. Und außerdem bleibt es bei unserer laren dramatischen Production eine nothwendige Pflicht der Theater, ein frisches bildungsfähiges Talent darum zu fördern, daß sie es kennen lernen und sich selbst fernen lehren.

Der Rosamundenkost wurde nicht zum ersten Male bearbeitet. Schon Ruycellat, Alfieri, Henrique, Th. Görner, v. Kleist und endlich Joseph Weilen haben ihre Kraft daran verloren. Das geschieht stets, wo es sich um eine romantische Verirrung handelt, oder wo das Große wilder Unzulängen mit einer poetischen Entzückung der Menschenseele verwischelt wird. In der Chronik der Geschichte und Sage gibt es eine Anzahl solcher malerischer Blusflächen, in welchen die jungen Elegiaden der Literatur gern wie ihr Ahn im Trockenfest ein Erholungsbad nehmen. Es möcht nicht unver-

besserlich, der großen Commission für die Zuständigkeiten zur Verberathung überzuheben werden.

* Berlin, 20. Januar. Unter Vorsitz des Staatsministers Dr. Delbrück hat heute eine Plenarversammlung des Bundesrathes stattgefunden. Gegenstand der Berathung waren: a) der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Ausmühlung von Straßburg; b) der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsass-Lothringen für das Jahr 1874. Eine Reihe von Handelskammern und Kaufmännischen Corporationen hat sich im Anschluß an eine Einladung der Handelskammer zu Bremen an das Reichshandelsamt und gleichzeitig an den Reichstag mit dem Antrage gewandt, gelegentlich der Einführung der Reichssteuerabrechnung eine Änderung der Wechselseitstempelsteuer zu veranlassen. Der Wechselseitstempel beträgt gegenwärtig definiert für Wechsel bis 150 Mark 10 Pfennige und weiter für angefangene 100 Mark 15 Pfennige und weiter für 100 zu 100 Pfennige steigen und für jedes angefangene Hundert 5 Pfennige betragen. Nur zwei Handelskammern (Görlitz und Würzburg) wollen den niedrigsten Steuerabzug — für Wechsel bis zu 100 Mark — auf 5 Pfennige in Höhe von 10 Pfennigen, wie bisher, festsetzen. Die ersten eingegangenen Gesuche der Handelskammern zu Bremen und Hannover sind vom Bundesrat mit Rücksicht auf den von der Wahlnahme zu erwartenden Sturzausfall ablehntend abgelehnt worden, später ist aber gelegentlich der Berathung des Reichshaushaltssatzes im Reichstage die Erklärung abgegeben worden, daß eine Bechlußnahme des Bundesrathes in der Angelegenheit ergebe.

Der Bundestag hat deshalb in seiner Sitzung vom 9. v. R. beschlossen, die Frage dem Ausschüsse für Rechtsfragen zur Berichterstattung zu übertragen. Der Ausschuss des Bundesrathes für Zoll- und Steuerweisen und die vereinigten Ausschüsse desselben für das Steuerrecht und für Justizwecke haben heute Sitzungen.

— Aus der Sitzung des Bundesrathes vom 5. Januar d. J., in welcher der Civilrechtsgesetznovus angeworben wurde, wird nachträglich noch folgendes bekannt: Gegen den Entwurf stimmen Königreich Sachsen, beide Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß L. und Schaumburg-Lippe.

Das badische Volkswirtschaft entzieht sich wegen Mangels an Zustimmung der Abstimmung, mit der Gehörung für den Staatstheil offen zu halten. — Der großherzogl. niedersächsische Gesetzgebungs- und Rechtsausschuß erklärte: Er ist beauftragt, namens der beiden mecklenburgischen Regierungen gegen den Entwurf, als wegen seiner prinzipiellen Grundlage für diefeien anzusehnen, zu stimmen. Der großherzogl. Regierungen sind der Einsicht, daß die Einführung der obligatorischen Civilrechts mit ihrem neuen Gang in das getümme, insbesondere handliche Leben des Volkes prinzipiell bedeutlich ist und ohne die allerdringendste Notwendigkeit nicht gerechtfertigt werden kann; und deshalb, da eine solche Rechtsverordnung für die Gemeinschaft der deutschen Staaten und namentlich für die beiden Mecklenburg, als wesentlich praktischende Länder nicht vorliegt, für die reichsdeutsche Einführung der obligatorischen Civilrechts es an der Voraussetzung fehlt. Die mecklenburgischen Regierungen haben in dieser Einsicht nur Bedenken, wenn durch die anschließend nicht günstigen Erweiterungen, welche man in Preußen seit dem kurzen Besuch der obligatorischen Civilrechts mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen gemacht hat, und die können es nicht gerechtfertigt halten, daß man mit den Vorschriften der Reichsregierung auf diesen Gebieten nicht gehorcht, bis in Preußen die Wählungen des betreffenden Gesetzes amtlich bestätigt werden.

— Der Königl. Sachsen entzieht sich ebenfalls, um die Ausführungen des Gesetzes abzulehnen. Viel Neues wird man aus dem Sachsenlande schwerlich erfahren, um aber das Schrift des selben wohl auch nicht der leichte Zweck befindet. Die Abstimmung hätte somit ganz bequem unterbleiben können, wenn nicht der Verte der Erklärung Dr. Sieger, der festen Überzeugung wäre, ganz Europa ländliche und mit höchsten Interessen staatstreuen Einzelvereinigungen vorzuhaben, die gleichzeitig die Ausführungen des Gesetzes abgelehnt werden.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

△ Prag, 20. Januar. Wie bereits gemeldet, haben die alttschechischen Reichsräte abgeordneten vorigem einen gemeinschaftlichen Erklärung an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Dr. Reichbauer, abgelehnt, in welcher sie die Aufforderung zum Eintritt in den Reichsrath aus staatsrechtlichen und formellen Gründen ablehnen.

Wie Neues wird man aus dem Sachsenlande schwerlich erfahren, um aber das Schrift des selben wohl auch nicht der leichte Zweck befindet. Die Abstimmung hätte somit ganz bequem unterbleiben können, wenn nicht der Verte der Erklärung Dr. Sieger, der festen Überzeugung wäre, ganz Europa ländliche und mit höchsten Interessen staatstreuen Einzelvereinigungen vorzuhaben, die gleichzeitig die Ausführungen des Gesetzes abgelehnt werden.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

— Der Königl. Sachsen erklärte: Die badische Regierung kann sich nicht entziehen, dem vorliegenden Gesetzen zu zustimmen, zumal die badische Erweiterung mit dem Einschluß derselben auf die höchsten Trägerungen bestätigt ist. — Die Abstimmung ist in der Sitzung vom 11. Januar d. J. mit 115 gegen 41 Stimmen angenommen. — In der Podgoriza-Angelgegenheit ist, wie die „Dr. C.“ dort, bis jetzt keine Änderung eingetreten; beide Kreisstädt. vertraten auf ihren Fortsetzungen. Karlsbad von auswärtigen Amtes influence den Stand des Conflicts nicht, da der Großherz. nicht der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die in dieser Angelegenheit maßgebende Person ist.

— Der Königl. Sachsen erklär